

Bezugnehmend auf Ihr Schreiben vom 20 Januar 2020, Ihr Zeichen 14-4760, über die Konsultationen mit den Mitgliedstaaten der Europäischen Union über die Gewährung der Abweichung der Richtlinie (EU) 2019/692 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. April 2019 zur Änderung der Richtlinie 2009/73/EG über gemeinsame Vorschriften für den Erdgasbinnenmarkt und zur Aufhebung der Richtlinie 2003/55/EG (weiter im Text - EU-Gasrichtlinie) für die Gasverbindungsleitung Nord Stream 1, informiert das Außenministerium über die Position Lettlands.

Obwohl die Gasverbindungsleitung Nord Stream 1 keine direkten negativen Auswirkungen auf den lettischen Erdgasmarkt und die Versorgungssicherheit hat, äußert Lettland dennoch die Besorgnis über die erheblichen Auswirkungen dieses Projekts auf den EU-Erdgasbinnenmarkt.

Auch wenn die Bedingungen von Artikel 49a Absatz 1 der EU-Gasrichtlinie formell erfüllt sind, ist die Gewährung der Abweichung für dieses Projekt angesichts der technischen Kapazität von Nord Stream 1 mit dem *ratio legis* dieser Richtlinie, ein funktionierendes Energiemarkt in der EU mit fairen Wettbewerbsbedingungen zu schaffen und gleichzeitig zur Versorgungssicherheit und Nachhaltigkeit beizutragen, unvereinbar.

Lettland hat bereits bei der Ausarbeitung von Änderungen der EU-Gasrichtlinie darauf hingewiesen, dass die neuen Vorschriften für alle Fernleitungen mit Drittländern gelten sollten. Als Kompromiss könnte jedoch die Abweichung für Fernleitungen aus Drittländern mit relativ geringer technischer Kapazität gewährt werden, die keine negative Wirkung auf den EU-Erdgasbinnenmarkt und die Versorgungssicherheit haben.

Ebenso zeigt die Bewertung der erhaltenen Unterlagen, dass im Antrag von Nord Stream AG der Anwendungsbereich der Abweichung grundlos eingeschränkt ist. Artikel 49a der EU-Gasrichtlinie gilt für die gesamte Gasverbindungsleitung zwischen einem Mitgliedstaat und einem Drittland und nicht für einen Teil davon.

Lettland ist der Ansicht, dass Nord Stream 1 und andere künftige Projekte im Erdgassektor mit Drittländern sowohl den EU-Rechtsvorschriften (der EU-Gasrichtlinie einschließlich) als auch den politischen Richtlinien der EU entsprechen sollten, die für interne EU-Projekte gelten.